

## „Besser Chance fir déi Jonk“

Junge Menschen brauchen eine Grundlage und Perspektive, auf die sich eine Existenz aufbauen lässt. Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Sicherheit sind neben einer gut funktionierenden sozialen Marktwirtschaft hierfür Grundvoraussetzungen. Während der Anspruch auf Freiheit mit dem Recht auf Selbstbestimmung und Bildung einhergeht, bedarf es der Gerechtigkeit und Solidarität, um die sozialstaatlichen Bedingungen zu schaffen, damit das Gemeinwesen jene Sicherheit gewährleisten kann, die sozialen Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt erst ermöglicht. Diesem Anspruch werden die Sozialisten durch einen umsichtigen Umgang mit den notwendigen Finanzressourcen dauerhaft nachkommen.

Der Solidarität kommt bei diesem Politikansatz eine besondere Bedeutung zu, wenn es darum geht, Zukunftsperspektiven zu eröffnen, die den Sozialstaat langfristig absichern und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum auf der Grundlage eines schonenden Umgangs mit der Umwelt und den Naturressourcen ermöglichen. In ihrem Grundsatzprogramm hält die LSAP diesbezüglich fest: **„Solidarität umfasst alle Generationen. Kommende Generationen, über deren Lebenschancen wir heute entscheiden, haben Anspruch auf die Solidarität der heutigen Generationen.“**<sup>1</sup>

Angesichts der anhaltenden Weltwirtschafts-, Schulden- und Vertrauenskrise, die sich bei der Jugend als berechtigte Zukunftsangst niederschlägt, darf die Politik nicht tatenlos zusehen.

- Fakt ist: Knapp 26 Prozent aller Erwerbslosen in Luxemburg sind unter 30 Jahre alt; über 20 Prozent der Erwerbslosen dieser Altersgruppe sind mehr als 12 Monate ohne Arbeit. Knapp 60 Prozent aller Arbeitssuchenden verfügen über ein bescheidenes Bildungsniveau.<sup>2</sup>
- Fakt ist: Pro Jahr verlassen weit über 1.600 Jugendliche die Schule vorzeitig ohne Qualifikation, während Arbeitnehmer zusehends auf gut ausgebildete Arbeitskräfte zurückgreifen wollen.<sup>3</sup>
- Fakt ist: Von 2005 bis 2011 sind die Verkaufspreise auf dem Wohnungsmarkt um mehr als 20 Prozent gestiegen. Eine ähnliche Entwicklung gilt auch für den Mietbereich.<sup>4</sup>

Bei steigenden Lebenshaltungskosten und zunehmender Armut haben Heranwachsende es immer schwerer, Fuß in einer Gesellschaft zu fassen, die unter erhöhtem Leistungs- und Wettbewerbsdruck steht. Deshalb fordern die Sozialisten bessere Bildungschancen für alle, einen Beschäftigungspakt für Schulabgänger, Zugang zu bezahlbarem Wohnraum, die langfristige Absicherung der Renten und die Beteiligung der Jugend an der Zukunftsgestaltung des Landes.

---

<sup>1</sup> Auszug aus dem LSAP-Grundsatzprogramm, das am 21. Oktober 2002 auf einem außerordentlichen Landeskongress in Esch/Alzette angenommen wurde

<sup>2</sup> Siehe hierzu „L'enseignement luxembourgeois en chiffres ; Le décrochage scolaire au Luxembourg 2009-2010, MEN

<sup>3</sup> Siehe hierzu den Beschäftigungsbericht der ADEM Nr 1, Januar 2012

<sup>4</sup> Siehe hierzu die Preisindikatoren für den Wohnungsmarkt des „Observatoire de l'habitat“; vgl. ebenfalls die CEPS-Studie „Luxembourg: les marchés fonciers et immobiliers transfrontaliers à l'épreuve de la métropolisation“, Working Paper No 2011-48

## **Bessere Bildungschancen für alle: Schulen müssen den sozialen Aufstieg ermöglichen**

Die Schule muss dem rasanten gesellschaftlichen Wandel entschieden Rechnung tragen, um einer zusehends heterogenen Schulpopulation gerecht zu werden und den sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Dazu bedarf es gut ausgebildeten Lehrpersonals, angemessener Schulinfrastrukturen und einer verbesserten Beziehung zwischen Schul- und Arbeitswelt. Alle Schüler sollen im Rahmen einer inklusiven öffentlichen Schule ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden, damit sie in den Genuss einer guten Allgemeinbildung kommen und so die Grundlagen für lebenslanges Lernen erlangen, um sich später im Leben und Beruf dauerhaft behaupten und weiterentwickeln zu können. Vor diesem Hintergrund gebührt Schülern mit spezifischen Bedürfnissen besondere Aufmerksamkeit.

- Die Grundschulreform, die den Schüler bewusst in den Mittelpunkt rückt, gibt richtige Antworten auf neue Herausforderungen. Diese Bemühungen müssen auch im Sekundarschulunterricht konsequent fortgesetzt werden. Deshalb unterstützen die Sozialisten die geplante „Lycée“-Reform sowohl im Hinblick auf deren Zielsetzung als auch in Bezug auf deren Ausrichtung. Es müssen mehr Schüler die Hochschulreife erlangen und ein Studium absolvieren können. Humanistische Bildung ist für die Sozialisten dabei genauso wichtig wie die beruflichen Qualifikationen, um Schüler auf die sozialen, politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten.
- Darüber hinaus muss das Angebot einer Schule der zweiten Chance weiter ausgebaut werden, damit jene Schüler, die es im ersten Anlauf nicht schaffen, auch späterhin eine Qualifikation erlangen können.
- Das System der dualen Schulausbildung hat sich bewährt. Die Sozialisten werden sich für eine verbesserte Schul- und Berufsorientierung einsetzen, um Schüler gezielter auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Dies gilt in einem besonderen Maße für den Handwerksbereich, der interessante Berufsperspektiven für den Nachwuchs bietet.
- Das Recht auf Bildung hört nicht mit dem Ende der Schulpflicht auf. Lebenslanges Lernen bleibt für die Sozialisten eine Grundvoraussetzung, um auf dem Arbeitsmarkt Schritt halten zu können. Die LSAP wird deshalb sicherstellen, dass das Recht auf Fortbildung weiter gestärkt und die Anerkennung von Berufserfahrungen zur Erlangung einer weiterführenden Qualifikation genutzt werden kann, um neue Berufsperspektiven zu erschließen.
- Bildung ist Wissen und Wissen schafft Arbeitsplätze! Die LSAP wird weiterhin auf Forschung und Innovation setzen, den Ausbau und die Weiterentwicklung der Universität Luxemburg vorantreiben und Studierende und Forscher konsequent unterstützen. In diesem Sinne muss das Mitspracherecht der Studenten und des Personals an der Universität Luxemburg ausgebaut werden.
- Die Universität hat in ihrer weiteren Entwicklung dafür Sorge zu tragen, dass nicht nur Studiengänge mit wirtschaftlichem Nutzen ausgebaut werden. Auch die Geistes- und Sozialwissenschaften müssen gefestigt und gefördert werden, da sie wesentlich zur Analyse und zum Verständnis der spezifisch luxemburgischen Gesellschaft beitragen.
- In einer pluralistischen Gesellschaft wie Luxemburg muss ein neutraler, objektiver und einheitlicher Werteunterricht für alle Schüler eingeführt werden. In der öffentlichen Schule darf keiner Religion gegenüber anderen Glaubensrichtungen ein Vorrang eingeräumt werden.

## **Beschäftigungspakt für Schulabgänger: den Einstieg in die Berufswelt ermöglichen**

Erwerbslosigkeit ist keine Fatalität und darf von der Politik nicht tatenlos hingenommen werden. Das gilt in einem besonderen Maße für junge Arbeitsuchende, die sich angesichts der immer größer werdenden Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt erst einmal durchsetzen müssen. Die gezielte Unterstützung für Schulabgänger und die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und prekären Arbeitsverhältnissen sind für uns vor diesem Hintergrund vorrangige Prioritäten.

- Die Sozialisten fordern einen nationalen und europaweiten Beschäftigungspakt, der alle Akteure (Staaten, Kommunen, Unternehmen und Arbeitsuchende) gleichermaßen in die Pflicht nimmt und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit neben der Schuldenbekämpfung zur Priorität erklärt.
- Die LSAP wird sich auf nationaler und europäischer Ebene für eine Garantie für Schulabgänger starkmachen, die ihnen innerhalb von vier Monaten nach Schulabschluss eine konkrete Job-, bzw. Fortbildungsperspektive eröffnet, ohne vorher den Weg in die Arbeitslosigkeit beschreiten zu müssen.<sup>5</sup>
- In diesem Sinne fordern die Sozialisten alle Arbeitgeber – sowohl private als auch öffentliche – auf, ihre soziale Verantwortung zu übernehmen, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und genügend Lehrstellen bzw. Praktikumsplätze für junge Arbeitnehmer bereitzustellen. Auch behinderte Arbeitsuchende dürfen dabei nicht außen vor gelassen werden.
- Die LSAP wird sich für die Erschließung neuer Wirtschaftszweige einsetzen und zu einer aktiven Beschäftigungspolitik beitragen, die Arbeitsuchenden aus allen Bildungsschichten zugutekommt. Im Rahmen der Diversifizierung unserer Wirtschaft will die LSAP sicherstellen, dass auch Beschäftigungsperspektiven für Schulabgänger mit niedrigerem Bildungsniveau geschaffen werden.
- Die Sozialisten werden sich weiterhin konsequent für gute Arbeitsbedingungen und sichere Arbeitsplätze einsetzen und dazu beitragen, dass unbefristete Arbeitsverträge in Luxemburg auch künftig die Regel bleiben.
- Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass junge Menschen ihrer Arbeit und Qualifikation entsprechend entlohnt und nicht in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt werden. Der Lohn ist der Preis, den Arbeitgeber für die geleistete Arbeit an Arbeitnehmer zu entrichten haben. Deshalb dürfen die Kosten für Mindestlohnanpassungen nicht grundsätzlich dem Staat aufgebürdet werden. In diesem Sinne lehnt die LSAP auch eine allgemeine Subventionierung von Mindestlöhnen ab.
- Eine umfangreiche Auswertung laufender Beschäftigungsmaßnahmen soll Aufschluss über deren Wirksamkeit geben. Ein besonderes Augenmerk gilt der Fortbildung und Betreuung von jungen Arbeitsuchenden im Rahmen von Beschäftigungsinitiativen.
- Jugendarbeitslosigkeit kann nur dann gezielt bekämpft werden, wenn alle Akteure auf allen Ebenen eng zusammenarbeiten. Während Arbeitgeber freie Stellen bei der Beschäftigungsagentur melden müssen, ist Letztere bei der Jobvermittlung und Kontaktpflege mit den Unternehmen gefordert. Auch junge Erwerbslose stehen in der Pflicht und haben die Verantwortung, sich ernsthaft um ein Beschäftigungsverhältnis zu bemühen.

---

<sup>5</sup> Siehe hierzu den am 9. Februar 2012 vom SPE-Präsidium angenommenen Bericht zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

- Die LSAP wird auch weiter dafür sorgen, dass die Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern in der Arbeitswelt verbessert wird. Neben dem Prinzip „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ muss sichergestellt werden, dass die familiären Lasten bei Bedarf gerecht zwischen beiden Geschlechtern aufgeteilt werden können. Die Sozialisten wollen dafür Sorge tragen, dass genügend flexible, familiengerechte und hochwertige Betreuungsplätze für Kinder zur Verfügung stehen, damit alle Eltern die Möglichkeit haben, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

## **Wohnungspakt konsequent umsetzen: den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum verbessern<sup>6</sup>**

In Luxemburg ist Chancengerechtigkeit auch eine Frage des Zugangs zu erschwinglichem Wohnraum. Die steigende Nachfrage, das ungenügende Angebot und der Drang durch Spekulation auf Grundstücken möglichst schnell zu viel Geld zu kommen, haben die Preise in den vergangenen Jahren in schwindelerregende Höhen getrieben. Die Konsequenz folgt auf dem Fuß: Viele Bürger – insbesondere Alleinerziehende und junge Haushalte – können sich kaum noch eine Wohnung zu diesen Bedingungen leisten. Die Politik ist mehr denn je gefordert und hat sich mit dem Wohnungspakt ein gesetzliches Regelwerk gegeben, um Abhilfe zu schaffen. Für die LSAP ist eine aktive Politik zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum im Hinblick auf die Zukunft junger Menschen unerlässlich.

- Die Sozialisten werden auf kommunaler Ebene, dort wo sie in der Verantwortung stehen, dafür sorgen, dass der Ausbau von bezahlbarem Wohnraum und Sozialwohnungen auch in Eigenregie konsequent vorangetrieben wird. Auf nationaler Ebene wird die LSAP darauf drängen, dass sämtliche Kommunen in diesem Bereich ihre Verantwortung übernehmen.
- Obwohl zinsgünstige Darlehen und Mietbeihilfen probate Mittel sind, um Wohnkosten zu senken, werden sie die Preisentwicklung auf dem freien Wohnungsmarkt kaum bremsen. Deshalb werden die Sozialisten auf kommunaler Ebene leerstehende Häuser und Wohnungen sowie brachliegende Grundstücke mit der im „Pacte logement“ vorgesehenen Spezialabgabe belasten, um neuen Wohnraum zu erschließen und Spekulationsbestrebungen Einhalt zu gebieten.
- Einkommensschwachen Haushalten und Berufseinsteigern muss der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum verstärkt über Erbpacht- und Mietkaufverträge ermöglicht werden.
- Energieeffizienz muss Teil einer sozialen Wohnungsbaupolitik sein. Auch einkommensschwache Haushalte haben ein Recht auf energieeffizientes, kostensparendes und gesundes Wohnen. Die Sozialisten fordern, dass die geplante Reform des „bëllegen Akt“ in diesem Sinne nachgebessert wird.
- Die Sozialisten fordern die Einführung einer staatlichen Mietgarantie, um jungen Erwerbstätigen und Haushalten den Zugang zu Mietwohnungen zu erleichtern. Daneben will die LSAP dafür sorgen, dass mehr bezahlbare Mietwohnungen geschaffen werden und alternative Wohnmodelle und -formen entstehen, die der sozialen Mixität und einer raumsparenden Bauweise Rechnung tragen.
- Die Sozialisten werden sich überdies dafür einsetzen, dass die Notargebühren für den Erwerb von Eigentumswohnungen gemäß Koalitionsabkommen begrenzt werden.

---

<sup>6</sup> Vgl. hierzu das Positionspapier der JSL zur Wohnungsbaupolitik „Eng eege Bud – och fir déi Jonk“

- Die LSAP wird sich im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Universität Luxemburg dafür einsetzen, dass genügend bezahlbarer Wohnraum für Studenten entsteht.
- Die Sozialisten werden sich dafür einsetzen, dass die katholische Kirche und die Kirchenfabriken ihren Anteil zu einer positiven Preisentwicklung beitragen, um ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

### **Für die langfristige Absicherung der Altersbezüge**

Auch die geplante Rentenreform, die auf einer solidarischen Finanzierung durch Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Staat sowie dem bewährten Generationenvertrag beruht, muss dazu beitragen, die Altersbezüge künftiger Generationen nachhaltig abzusichern. Dabei muss gewährleistet werden, dass Letztere im Vergleich zu heutigen Rentenbeziehern nicht über Gebühr belastet werden. In diesem Sinne unterstützen die Sozialisten Reformpläne zur langfristigen Absicherung der Renten und Pensionen und befürworten einen konstruktiven Dialog zwischen den Sozialpartnern, der vor allem eine Analyse von alternativen Finanzierungsquellen in den Vordergrund stellt.

### **Für die Beteiligung der Jugend an der Zukunftsgestaltung des Landes**

Die Sozialisten werden darüber hinaus sicherstellen, dass sich junge Menschen verstärkt in das Gemeinwesen einbringen und an der Politik und Zukunftsgestaltung des Landes teilhaben können. Die Mitbestimmung junger Menschen ist eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund wird die LSAP sich für eine umfassende, altersgerechte politische Bildung in den Schulen einsetzen und die Partizipation von Jugendlichen und Kindern am Demokratieprozess auf kommunaler und nationaler Ebene fördern. Die Sozialisten werden sich außerdem für eine stufenweise Ausweitung des Wahlrechts, u.a. die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre einsetzen, damit auch junge, verantwortungsbewusste Bürger möglichst früh aktiv in den politischen Entscheidungsprozess eingreifen können.

Die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen ist unsere größte Herausforderung. In diesem Sinne müssen wir die Gegenwart so gestalten, dass daraus Zukunftsperspektiven für künftige Generationen erwachsen. Die Politik muss bereits heute dafür Sorge tragen, dass Menschen auch morgen friedlich zusammenleben und sich eine eigene Existenz in einer lebenswerten und gerechteren Welt aufbauen können. Diese kollektive Anstrengung können wir nur gemeinsam schultern. Denn Freiheit und Sicherheit sind nur um den Preis von Gerechtigkeit und Solidarität zu haben. Dafür stehen die Sozialisten mit ihren Grundwerten ein.

Junge Menschen brauchen Zukunftsperspektiven, damit sie im Nachhinein nicht mit leeren Händen als verlorene Generation dastehen. Gemeinsam werden wir dafür sorgen, dass unsere Kinder und Jugendlichen die Chancen bekommen, die auch sie verdienen!

**Angenommen am 25. März 2012 vom Landeskongress der LSAP in Luxemburg**